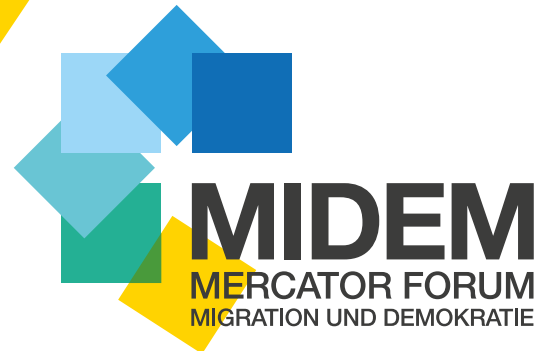


FLUCHTMIGRATION AUS DER UKRAINE NACH POLEN

VON MARTA KOZŁOWSKA

2022-2
MIDEM-Policy Brief



1. FLUCHTMIGRATION NACH POLEN

Am 24. Februar 2022 marschierte die russische Armee in die Ukraine ein. Daraufhin öffneten Polen und andere Nachbarländer ihre Grenzen für Geflüchtete aus der Ukraine. Zur Zeit der Publikation dieses Policy Briefs (04.04.2022) sind **etwa 4,22 Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen, davon etwa 2,45 Millionen nach Polen** (UNHCR 2022). Sowohl das notorisch flüchtlingsskeptische Polen als auch die weiteren Visegrád-Staaten (Tschechien, Ungarn und die Slowakei) lassen alle Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine ins Land, ohne Einschränkungen im Hinblick auf Zahlen oder Staatsangehörigkeiten. Die Mehrheit der Menschen, die die polnische Grenze überschreitet, bleibt in Polen. Es ist davon auszugehen, dass nur etwa ein Viertel weiter nach Westeuropa zieht.¹

Der Zustrom ukrainischer Geflüchteter ist schnell gestiegen (vgl. Gazeta Wyborcza 2022) und hatte schon am 27. Februar die Zahl von etwa 100.000 Geflüchteten pro Tag erreicht (Höchstwerte von über 140.000 Menschen wurden am 6. und 7. März erreicht; siehe Abb. 1). Die Dynamik hat nach dem 10. März etwas nachgelassen, sie beträgt aber weiterhin zwischen 87.000 und 21.000 Neuankommlinge pro Tag.² Am 6. März wurde die Marke von einer Million Geflüchteter in Polen erreicht - am 18. März waren es schon zwei Millionen.

2. GESELLSCHAFTLICHE EINSTELLUNGEN

Zivilgesellschaftliches Engagement

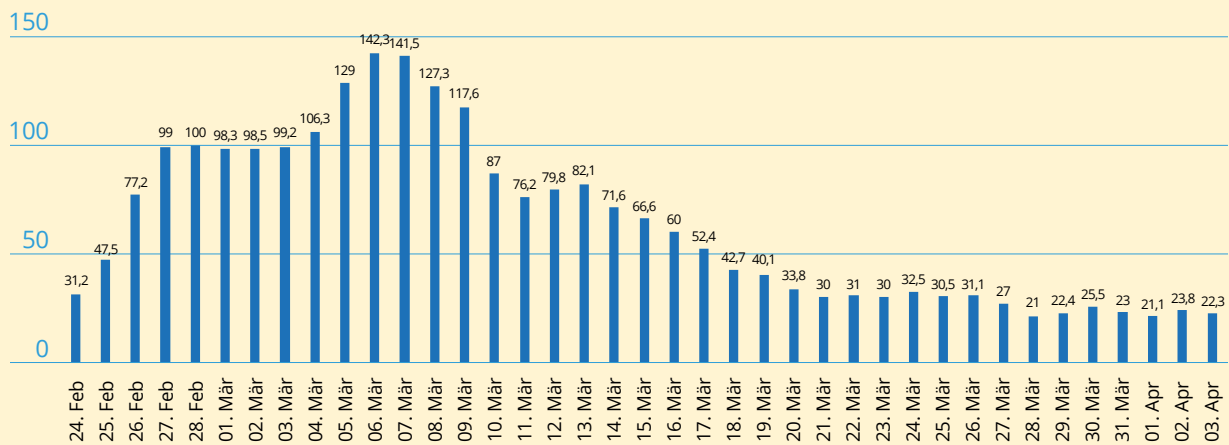
Die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und andere Hilfsorganisationen in Polen haben schnell Hilfsbereitschaft gezeigt. Sie organisierten Geld- und Sachspenden, Unterstützung vor Ort (insbesondere an der Grenze) und humanitäre, rechtliche, logistische sowie psychologische Hilfe (Sławiński 2022). **Die NGOs erbrachten eine unverzichtbare Leistung, da sie sofort die Aufgaben einer (fehlenden) staatlichen Versorgungs- und Aufnahmestruktur übernehmen und ad hoc eine provisorische Hilfs- und Koordinationsstruktur aufbauten.** Sie trugen dazu schnell Informationen in den sozialen Medien zusammen, wie und wo Bürger und Bürgerinnen sich bei der Hilfe engagieren können.

Auch vonseiten der polnischen Bevölkerung ist die Hilfsbereitschaft und Solidarität mit den Menschen aus der Ukraine groß (vgl. Mierzyńska 2022). **Tausende Menschen engagieren sich in der Flüchtlingshilfe - entweder über Hilfsorganisationen oder privat.** Viele Menschen haben Geflüchtete bei sich zu Hause aufgenommen, Hunderte sind im eigenen Auto an die Grenze gekommen, um kostenlos Geflüchtete ins

1 Genauere Zahlen gibt es nicht, da es kaum Grenzkontrollen im Schengenraum gibt (vgl. Istel 2022).

2 Zum Vergleich: die Tageskapazität aller Grenzüberschreitungen zwischen Polen und der Ukraine liegt normalerweise bei etwa 50.000.

Abb. 1: Grenzüberschreitungen aus der Ukraine nach Polen pro Tag (in Tausend)



Quelle: Daten des polnischen Grenzschutzes / Eigene Darstellung

Landesinnere zu fahren.³ Laut einer aktuellen Umfrage sind es vor allem Frauen, Menschen zwischen 30 und 39 Jahren, Menschen mit Hochschulreife oder abgeschlossenem Studium sowie mit höherem Einkommen, die helfen (Pacewicz 2022). Die Hilfsbereitschaft der Wählerschaft spiegelt die Haltung der Parteien wider: am wenigsten engagieren sich die als russlandfreundlich geltende Wählerschaft von *Konfederacja* (nur 47 Prozent, im Vergleich zu 63 bis 72 Prozent der Wähler anderer Parteien) (ebd.). Des Weiteren sind die Befragten von der großen Hilfsbereitschaft positiv überrascht: 91 Prozent der Befragten beurteilt die Reaktion der Bevölkerung auf die Ankunft der Geflüchteten als entweder viel besser oder eher besser als erwartet.

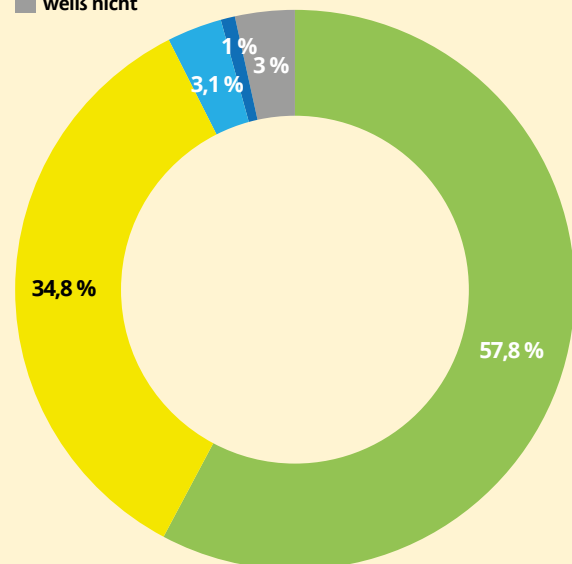
Einstellungen der Bevölkerung

Eine am 25. Februar durchgeführte Umfrage zeigt, dass **eine überwältigende Mehrheit der polnischen Bevölkerung (92,6 Prozent) die Aufnahme der Geflüchteten aus der Ukraine befürwortet** (Dąbrowska 2022, siehe Abb. 2). 57,8 Prozent der Befragten wollen alle Geflüchtete aus der Ukraine aufnehmen und 34,8 Prozent nur die, die „am meisten gefährdet und am meisten in Not sind“ (für die meisten Befragten sind dies Mütter mit Kindern, Kranke und ältere Menschen).⁴ Nur 3,1 Prozent der Befragten möchten niemanden ins Land lassen und stattdessen Hilfe in der Ukraine leisten. Der Anteil der Menschen, die keine Hilfe leisten möchten, ist verschwindend gering (1 Prozent). Auch eine Woche später lag die Zustimmung weiterhin bei 92 Prozent (Finchelstein et al. 2022: 9; Umfrage zwischen 3. und 7. März durchgeführt).

Im Vergleich zu früheren Umfragen (vgl. Kozłowska 2018: 146) sind die Zustimmungswerte nun deutlich höher.⁵ Laut einer Umfrage am 23. Februar, einen Tag vor dem Ausbruch des Krieges, zeigten 56 Prozent der polnischen Bevölkerung die Bereitschaft, ukrainische

Abb. 2: Was sollte Polen mit den Ukrainern und Ukrainerinnen tun, die vor dem Krieg im eigenen Land fliehen?

- alle aufnehmen
- nur die aufnehmen, die am meisten gefährdet/in Not sind
- Niemanden aufnehmen, aber Flüchtlingslager in der Ukraine aufbauen und bis Kriegsende aufrechterhalten
- Niemanden aufnehmen und sich nicht für Hilfe engagieren
- weiß nicht



Quelle: IBRiS für „Rzeczpospolita“, 25. Februar 2022 / Eigene Darstellung

3 Viele Menschen organisierten sich individuell oder mit einigen Freunden oder Bekannten, um beispielsweise eine Spendensammlung und deren Transport zu organisieren. Der spontan entstandenen Facebook-Gruppe *Pomoc dla Ukrainy* *Допомога Україні* (dt. Hilfe für Ukraine) sind zurzeit fast 600.000 Menschen beigetreten. Die Gruppe ist sehr aktiv: es werden dort ständig dutzende Nachrichten gepostet, sowohl mit Hilfssuchen wie auch mit Hilfsangeboten. Dazu kommen jede Menge kleineren Facebook- oder WhatsApp-Gruppen, die sich auf einzelne Städte oder einen Landkreis spezialisiert haben.

4 Bemerkenswert ist, dass auch die Einstellungen gegenüber ukrainischen Staatsangehörigen in Polen fast einstimmig positiv sind. 90 Prozent der Befragten sieht sie positiv oder sehr positiv und nur 5 Prozent negativ oder sehr negativ (Danielewski 2022).

5 Allerdings gab es schon frühere Umfragen, die eine graduelle Abkehr von der Flüchtlingskepsis signalisierten: so meinten im Januar 2021 77 Prozent der Befragten, dass Polen den Geflüchteten, die wegen Krieg, Verfolgung oder Menschenrechtsverletzungen fliehen, helfen sollte (Krzyżak 2021). Bei ähnlichen Umfragen im Jahr 2018 waren noch 53 Prozent dagegen, und in den Jahren davor lag die Ablehnungsquote gut über 60 Prozent (ebd.).

Geflüchtete im Fall eines russischen Angriffs aufzunehmen (Kowalczyk 2022). Die tatsächliche Hilfsbereitschaft ist also deutlich größer, als es die Umfragen vor dem Krieg erahnen ließen.

Jedoch sprechen sich, laut einer weiteren Umfrage vom 8. bis 9. März, 74 Prozent der polnischen Bevölkerung für eine Umverteilung der Geflüchteten auf andere EU-Länder aus, nur 7,5 Prozent lehnen dies ab (Bartkiewicz 2022). Es ist auch interessant, dass die meisten Polinnen und Polen Geflüchtete aus der Ukraine nicht nach ihrer Herkunft unterscheiden: eine Mehrheit von 67 Prozent will alle Menschen gleichbehandelt sehen (Chrzczonowicz 2022). Für 24 Prozent der Befragten haben Ukrainer und Ukrainerinnen Vorrang vor Drittländerangehörigen, und nur 7 Prozent wollen gar keine Geflüchteten afrikanischer oder asiatischer Herkunft aufnehmen. Das steht in einem starken Kontrast zu den Einstellungen gegenüber Menschen, die seit Monaten an der belarussischen Grenze ausharren: im September 2021 befürworteten 52 Prozent der Befragten die Schließung der Grenze und 41 Prozent wollten die Menschen ins Land lassen und deren Asylanträge prüfen (Pacewicz 2021).

3. VERARBEITUNG VON FLUCHTMIGRATION

Politischer Diskurs

Sowohl die Regierung als auch die Parteien (mit Ausnahme von *Konfederacja*) haben ihre Bereitschaft erklärt, Geflüchtete aus der Ukraine aufzunehmen. Der Staatspräsident Andrzej Duda erklärte am 24. Februar die uneingeschränkte Unterstützung Polens für die Ukraine sowie die Bereitschaft, die vor dem Krieg fliehenden Menschen aus der Ukraine aufzunehmen (Prezydent.pl 2022). Am selben Tag verabschiedete der Sejm (die Unterkammer des Parlaments) einstimmig durch Akklamation einen Beschluss zur Solidarität und Einheit mit der Ukraine (vgl. Kondzińska/Wroński 2022). Auch mehrere Vertreter der Regierung von *Prawo i Sprawiedliwość* (PiS) – darunter auch der Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sowie die Innen-, Verteidigungs- und Außenminister – erklärten mehrmals in den Medien, dass sich Polen verpflichtet sieht, ukrainische Kriegsflüchtlinge aufzunehmen, und dass Polen niemanden zurückschicken würde, auch wenn es eine Million wären (z.B. Czuchnowski 2022, Tilles 2022). Auch die liberalen (*Platforma Obywatelska, Polska2050*) und die linken (*Nowa Lewica, Lewica Razem*) Parteien haben die Regierung in dieser Frage unterstützt, ohne dabei ihre Kritik an anderen Themen abzuschwächen.⁶

Nur die rechtradikale *Konfederacja* blieb auf Oppositionskurs. Die Partei verurteilte zwar die russische Aggression (vgl. Dziennik Gazeta Prawna 2022), **nahm sich aber ansonsten, wie andere rechtsradikale und -populistische Parteien Europas, in ihrer Kritik an Russland eher zurück.** Dafür kritisierte *Konfederacja* in typisch wohlfahrtschauvinistischer Manier, dass Aufwendungen für Geflüchtete überzogen seien und besser für einkommensschwache Einheimische genutzt werden sollten (vgl. Miziołek 2022).⁷

Staatliche Maßnahmen

Polen bereitete sich schon einige Wochen vor dem Ausbruch des Krieges auf den Zustrom von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine vor. Die regionalen Behörden wurden mobilisiert, ein Aufnahmeplan wurde entwickelt. Zudem wurden Aufnahmepunkte an der Grenze eingerichtet und eine Liste von Unterkünten durch lokale Behörden zusammengestellt. Die Zahl der bereitgestellten Unterkünfte blieb jedoch letztlich weit unter dem tatsächlichen Bedarf (Czuchnowski 2022, Jaroszewicz et al. 2022: 3-4, Koschalka 2022, Kość 2022, Sobolak 2022). Auch die Krankenhäuser bereiteten sich darauf vor, Kriegsverletzte aufzunehmen (Wądołowska 2022a). Die polnischen Städte und Regionen arbeiteten individuelle lokale Aufnahmepläne aus (z.B. in Radom, Warschau oder Katowice; Gazeta Wyborcza 2022, Zubik 2022, Jedlecki 2022). In den Grenzregionen wurden keine langfristigen Unterkünfte organisiert, sondern die Geflüchteten sollten nach der Ankunft weiter ins Landesinnere verteilt werden (Gorczyca 2022). Besonders zu Anfang reagierte die polnische Regierung auf rechtlicher Ebene gut und schnell (vgl. Jaroszewicz et al. 2022: 3-5): Quarantäne-Befreiung für Einreisende aus der Ukraine, automatische Verlängerung des Aufenthaltsrechts um drei Monate und die Erlaubnis, mit Haustieren einreisen zu können, waren schon am ersten Tag des Krieges verabschiedet. Am nächsten Tag wurden Verordnungen erlassen, welche allen Fußgängern Grenzübergänge aus oder in die Ukraine ermöglicht. Dazu erhöhte der Staat die Personalausstattung an den Grenzen. Auch die Landesfeuerwehr und die Bahngesellschaften wurden schnell für die Transportlogistik der Geflüchteten von der Grenze ins Landesinnere beordert. Die Bahn schickte zusätzliche Züge nach Lwiw und saniert derzeit eilends einige Gleise, um die grenzüberschreitende Strecke Lwiw-Przemysł dichter getaktet bedienen zu können. Die Organisation der acht Aufnahmepunkte an der Grenze, an denen sich Menschen vor der Weiterfahrt kurz erholen, medizinische Hilfe oder Sanitäreinrichtungen in Anspruch nehmen können, verlief reibungslos.

⁶ Besonders kritisch waren sie wegen des andauernden Verstoßes gegen das Rechtsstaatlichkeitsprinzip. Die Opposition forderte die Regierung auf, die umstrittene Reformen des Justizsystems zu widerrufen und dadurch den Konflikt mit der Europäischen Union zu lösen. Damit könnte die Verstimmung zwischen Polen und anderen europäischen Ländern in Zeiten des Krieges beendet und eine effektive Kooperation mit der EU und den EU-Ländern bei der Bewältigung der humanitären Krise möglich werden (vgl. Kondzińska/Wroński 2022).

⁷ Einige Mitglieder der Partei haben auch einige Tage nach dem Ausbruch des Krieges rassistische und zum großen Teil falsche Inhalte online verbreitet. Laut Analysen wurden diese Inhalte nach den Mustern russischer Propaganda in den sozialen Medien verbreitet (vgl. Jadcak 2022).

Abb. 3: Staatliche Maßnahmen in den ersten Wochen

Einrichtung von acht Aufnahmepunkten an der Grenze, mit Erholungsmöglichkeiten sowie medizinischer und sanitärer Versorgung

Entfallen der Quarantänepflicht (wegen der COVID-19-Pandemie)

Erhöhung der Kapazitäten im Kontext von Grenzübertritten (u.a. mehr Personal)

Öffnung aller Grenzübergänge für Fußgängerverkehr

Vorbereitung der Krankenhäuser auf mögliche Kriegsverletzte

Automatische Verlängerung des Aufenthaltsrechts um drei Monate für Ukrainer und Ukrainerinnen, die sich schon in Polen befinden

Erlaubnis, mit Haustieren ohne veterinäre Kontrollen einzureisen

Beauftragung der Landesfeuerwehr und der Bahngesellschaften des Transports der Geflüchteten ins Landesinnere, Erhöhung des Zugverkehrs zwischen Lwów und Przemyśl

Kooperation mit Botschaften der Drittländer, deren Staatsangehörige aus der Ukraine fliehen (Organisation der Ausreise nach Herkunftsländer)

Verabschiedung eines Sondergesetzes zur Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine (7. März 2022)

Quelle: Eigene Darstellung

Insgesamt betrachtet stießen die Maßnahmen zur Flüchtlingsaufnahme (vgl. Tab. 1) auf positive Resonanz, da sie etliche rechtliche und bürokratische Hürden abbauten, um Menschen, die an der Grenze warteten, schnell aufzunehmen. In diesem Licht ist auch die Bekanntmachung zu verstehen, welche die Behörde für Ausländerangelegenheiten (*Urząd do Spraw Cudzoziemców*) am 28. Februar veröffentlichte. Darin versichert der polnische Staat, dass alle Geflüchteten aus der Ukraine aufgenommen werden, mit den Worten:

„Alle Personen, die vor dem bewaffneten Konflikt aus der Ukraine fliehen, müssen sich nicht registrieren oder sich um Formalitäten an Aufnahmestellen kümmern. Alle Personen, die aus der Ukraine fliehen und in Polen Zuflucht suchen, müssen sich keine Sorgen um die Rechtmäßigkeit ihres Aufenthalts machen. Auch müssen in den kommenden Tagen keine Anträge bei der Ausländerbehörde, den Woiwodschaftsämtern⁸ oder den Grenzschutzposten gestellt werden. Gleiches gilt für ukrainische Staatsbürger, die sich in Polen aufhalten und deren Aufenthaltstitel abgelaufen sind.“ (Urząd do Spraw Cudzoziemców 2022)

Die polnische Regierung klärte schnell die Situation der Drittstaatsangehörigen unter den Geflüchteten, nachdem Berichte über rassistisch motivierte Diskriminierung in den Medien erschienen waren. Am 1. März gab das Innenministerium (2022) bekannt, dass allen aus der Ukraine flüchtenden Personen, gleich welcher Nationali-

tät, die Einreise gewährt wird. Dementsprechend wurde laut UNHCR niemand aus der Ukraine zurückgewiesen (vgl. Melzer 2022).⁹

Am 7. März wurde ein ‚Sondergesetz‘ zur Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine verabschiedet. Alle ukrainischen Staatsangehörigen (und deren Ehepartner, falls diese nicht aus der Ukraine stammen) bekamen ein Aufenthaltsrecht für 18 Monate, das um weitere 18 Monate verlängert werden kann. Das Gesetz erleichtert den Zugang zum Arbeitsmarkt und das Einschulungsverfahren. Zudem bekommen Geflüchtete Zugang zu wichtigen Sozialleistungen wie Kindergeld und Kinderbetreuung. Der Zugang zu einer gleichberechtigten und gleichwertigen Gesundheitsversorgung wird garantiert. Auch Menschen, die Geflüchteten eine private Unterkunft angeboten haben, werden vom Staat mit ca. 1200 PLN (ca. 300 €) monatlich finanziell unterstützt (Kancelaria Prezesa Rady Ministrów 2022, onet.pl 2022). Ferner soll ein Register von unbegleiteten Minderjährigen, die aus der Ukraine geflohen sind, erstellt werden (Watoła 2022).

4. DIE GRENZEN PRIVAT ORGANISierter SOLIDARITÄT

Vier Wochen nach Ausbruch des Krieges ist deutlich, dass die privat organisierte Solidarität, die bislang Herausragendes bei der Aufnahme der Geflüchteten geleistet hat, an ihre Grenzen stößt. Bislang konnten viele Geflüchtete privat unterkommen, bei Verwandten, Bekann-

⁸ Woiwodschaften sind die polnischen Verwaltungsbezirke als oberste Stufe der territorialen Gliederung.

⁹ Alle Drittländerangehörigen bekommen automatisch an der Grenze eine 15-tägige Aufenthaltserlaubnis (vgl. Horbaczewski 2022). Danach können sie entweder das Land verlassen oder einen Asylantrag stellen. Entsprechende Botschaften (z. B. Indien) wurden kontaktiert und Transporte in die Herkunftsländer organisiert.

ten oder Leuten, die ihre Zimmer angeboten haben. Die Kapazität an freien Zimmern ist jedoch begrenzt. Noch in den ersten Wochen verkündete die polnische Regierung, dass es in Polen keine „Flüchtlingslager“ geben wird. Inzwischen sind die meisten Sport- oder Veranstaltungshallen in Notunterkünfte umgewandelt worden. Auch Hotels, Wohnheime, Herbergen und Pilgerhäuser sind fast vollständig belegt. Dabei gibt es in Polen kein zentrales Staatsregister für freie Unterkünfte. Geflüchtete suchen weiterhin Unterkünfte überwiegend über private Kanäle – in den sozialen Medien, bei Freunden oder Bekannten.

In Polen gibt es keine staatlichen Strukturen für die Flüchtlingsaufnahme. Im Unterschied zu anderen westeuropäischen Zuwanderungsländern hat Polen keine systematische Integrationspolitik etabliert.¹⁰

Fehlende staatliche Integrationsstrukturen bedeuten auch, dass die Geflüchteten nicht gleichmäßig oder nach einem bestimmten Schlüssel verteilt werden, was bisher zu einer überproportionalen Belastung größerer Städte geführt hat. So hat die Hauptstadt Warschau, eine Stadt von 1.8 Millionen, 300.000 Hilfsbedürftige aufgenommen. In Krakau, der zweitgrößten Stadt mit 780.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, sind es bereits über 100.000 (Cunningham 2022). Da beide Städte ihre Kapazitäten erschöpft haben, plädierten die Bürgermeister beider Städte auch für eine nationale Umverteilung und internationale Hilfe (Wądołowska 2022b). Auch andere Landesteile kommen an ihre Kapazitätsgrenzen. Denn Städte und Gemeinden müssen sich nicht nur darum kümmern, den Menschen eine Unterkunft zur Verfügung zu stellen, sondern beispielsweise auch ausreichend Plätze in den Schulen oder Termine bei Behörden oder Arztpraxen zu ermöglichen.¹¹

Ferner ist auch die Lage vieler Freiwilligen sehr prekär. Nach über einem Monat intensiver Krisenbewältigung stoßen viele von ihnen an ihre psychischen, körperlichen und finanziellen Grenzen (vgl. Gierczak-Cywińska 2022). Zahlreiche Helfer und Helferinnen, die in den ersten Wochen des Flüchtlingszustroms Urlaub genommen haben, um den Geflüchteten zu helfen, müssen zu ihrer Arbeit zurückkehren. Andere Freiwillige sowie die Mitarbeiter der NGOs können auch nicht mehr so viele (und meistens unbezahlte) Überstunden leisten. Einzelpersonen und Mitarbeiter der NGOs engagieren sich zwar noch weiterhin, bei vielen kommt es aber mehr und mehr auf Kosten von Gesundheit und Privatleben. Es besteht das Risiko, dass viele der überforderten Helfenden selbst zu Hilfebedürftigen werden können, wenn sie keine ausreichende institutionelle Unterstützung bekommen.

5. HERAUSFORDERUNGEN

An der polnisch-ukrainischen Grenze

Die Lage an der Grenze bedarf weiterhin erhöhter Aufmerksamkeit, insbesondere auf ukrainischer Seite. Besonders, seitdem auch zahlreiche Städte in der Westukraine beschossen werden, ist die Bereitstellung sicherer und effizienter Evakuationsrouten essentiell. Dabei hat sich der polnische Staat bislang vor allem auf die Unterstützung von NGOs verlassen, die essenzielle Aufgaben übernommen haben (Informationsstände, Transportkoordination, Verpflegung, Auslieferung, Sortierung und Ausgabe von Spenden). Der Staat muss entweder die Hilfsaufgaben übernehmen oder die derzeit aktiven NGOs mit allen nötigen Ressourcen ausstatten.

Ein besonderes Augenmerk muss auf die gefährdeten Gruppen von Geflüchteten gerichtet werden. Die Evakuierung von Menschen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten stellt eine besondere Herausforderung dar. Zudem müssen Menschen aus Drittstaaten vor Rassismus und Diskriminierung geschützt werden und Informationen darüber erhalten, welche Aufenthaltsrechte und Ausreisemöglichkeiten sie haben.

An der polnisch-belarussischen Grenze

Die Lage der ein paar Hundert bis wenige Tausend Menschen, die an der Grenze seit Monaten ausharren, ist seit dem Ausbruch des Krieges noch dramatischer geworden, da Belarus keinen Zugang zu diesen Menschen mehr zulässt, weder um medizinische Hilfe noch um Verpflegung zu sichern. Polen muss die Genfer Konvention beachten und diesen Menschen die Möglichkeit geben, nach Polen einzureisen und einen Asylantrag zu stellen (vgl. Helsinki Foundation for Human Rights 2022).

Nachhaltigkeit der Hilfe für Geflüchtete

Der polnische Staat muss rechtliche Integrationsstrukturen und entsprechende Infrastrukturen aufbauen, um Aufgaben im Bereich der Aufnahme und Integration von Geflüchteten zu übernehmen. Insbesondere die Finanzierung der Flüchtlingshilfe sollte transparent geregelt und die finanzielle Unterstützung von NGOs und anderen Initiativen, die den Staat bei der Hilfe unterstützen, gesichert werden. Darüber hinaus sollte

10 Polen war bis ca. 2010 ein Auswanderungsland. Dementsprechend gab es in Polen keinen dringenden Bedarf, Einwanderungs- und Integrationspolitik zentral und kohärent zu regeln. Erst durch den Zustrom der Arbeitsmigration aus der Ukraine (geschätzt auf ca. 1.5 Millionen Menschen innerhalb von einer Dekade) kam Bewegung in diese Thematik. Die bis 2015 regierende *Bürgerplattform* hat im Jahr 2012 einen Entwurf der Einwanderungs- und Integrationspolitik entwickelt, welcher jedoch 2016 von der regierenden Partei Recht und *Gerechtigkeit* gestrichen und ein neues Projekt auf den Weg gebracht wurde. Ein Entwurf wurde im Herbst 2021 veröffentlicht. Darin finden sich jedoch keine Gesetzesentwürfe. Lediglich die Regelung der Arbeitsmigration scheint eine gewisse Systematik aufzuweisen. Integrationsangebote (z.B. Sprachkurse, sprachliche Unterstützung für eingeschulte Kinder u.a.) sind meist entweder über lokale Integrationspolitiken von Städten oder auf der Grundlage des Gesetzes über nationalen und ethnischen Minderheiten aus dem Jahr 2005 möglich.

11 Auch die finanzielle Belastung der Flüchtlingshilfe ist noch schwer abzuschätzen. Erste Schätzungen gehen von über 24 Milliarden PLN (etwa 5 bis 6 Milliarden Euro) im Jahr 2022 aus und einer ähnlichen Zahl für 2023, gerechnet auf etwa zwei Millionen Geflüchteten und deren Arbeitsbeschäftigung von etwa 10 bis 20 Prozent im ersten Jahr (Cieślak-Wróblewska 2022).

ein staatliches Koordinationszentrum Bottom-Up-Initiativen, NGOs, lokale Behörden, staatliche Behörden und die Aktivität der internationalen Organisationen (wie UNHCR) verbinden und sie auf effektivste Weise koordinieren.

Unterkunft

Eine Unterbringung für fast zwei Millionen Menschen innerhalb von wenigen Wochen zu organisieren, ist eine enorme Herausforderung. Bisher konnten zahlreiche Geflüchtete privat unterkommen. Mittel- und langfristige Unterbringungsoptionen wurden bisher in der polnischen Öffentlichkeit nicht diskutiert. Insbesondere ist die überproportionale Belastung von großen Städten ein Problem und daher eine Umverteilung der Geflüchteten auf weniger dicht besiedelte Gebiete unumgänglich.

Arbeitsmarkt

Die ukrainische Arbeitnehmerschaft hat sich in den letzten Jahren einen sehr guten Ruf in Polen erarbeitet. Die Bereitschaft der Arbeitgeber, Ukrainer und Ukrainerinnen einzustellen, ist daher hoch. Allerdings dürfte eine schnelle Integration der Geflüchteten in den polnischen Arbeitsmarkt daran scheitern, dass es sich bei einem Großteil um mit Kindern geflüchtete Frauen handelt. Zwar ist die Sprachbarriere relativ gering, der Bedarf nach Sprachkursen wird dennoch steigen. Auch rechtlich muss der Zugang zum Arbeitsmarkt gesichert sein, denn Neuankömmlinge sind der Gefahr einer Ausbeutung ausgesetzt (z.B. Lohndumping, Verdrängung in den grauen Arbeitsmarkt oder illegale Berufe, Mobbing und Belästigung, einschließlich sexueller Natur; vgl. Rozwadowska 2022).

Bildung

Auch für Schulen, Kindergärten und Krippen stellt der Zustrom ukrainischer Kinder eine besondere Herausforderung dar. Sprachliche Förderung ist wichtig, um eine möglichst schnelle Integration ukrainischer Kinder und Jugendlicher in den Schulbetrieb zu gewährleisten. Auch eine psychologische Betreuung der oft traumatisierten Kinder ist von großer Bedeutung. Möglicherweise benötigen auch die Lehrkräfte Sonderschulungen für den Umgang mit Kriegstraumata sowie im Bereich der interkulturellen Kommunikation (z.B. Mikulska 2022).¹² Universitäten müssen sicherstellen, dass für Studierende aus der Ukraine, die ein Studium in Polen aufnehmen bzw. fortsetzen wollen, der Zugang ermöglicht wird. Hier sind vor allem die Anerkennung bisheriger Abschlüsse sowie finanzielle Unterstützung bzw. Stipendien von Bedeutung (vgl. Segeš Frelak / Katsiaticas 2022).

Kooperationen des Staates mit den Kommunen und mit der EU

Polen ist ein politisch stark polarisiertes Land. Dabei steht die Regierungspartei nicht in dem Ruf, besonders kooperationsfähig bzw. -willig zu sein. Hinzu kommt, dass die Zentralregierung seit Jahren im Streit mit vielen Bürgermeistern und Bezirksleitern liegt. Die aktuelle Ausnahmesituation verlangt allerdings eine engere Zusammenarbeit und Lastenteilung, die nur durch die Beilegung politischer Streitigkeiten möglich werden kann. Ausschlaggebend könnte in den nächsten Monaten auch das zerrüttete Verhältnis Polens zur Europäischen Union sein. Die Aufnahmekapazitäten Polens sind schon mehr als erschöpft. Polen braucht seine EU-Partner, um zu einer Einigung bei der Umverteilung der Geflüchteten zu gelangen oder um finanzielle Unterstützung vonseiten der EU zu erhalten.

¹² Da Schulen in der Verantwortung der Gemeinden und Landkreise stehen, ist es auch wichtig, dass die Regierung die Finanzierung sichert, damit die Kosten nicht zulasten der lokalen Gemeinschaften anfallen.

LITERATURA

Melzer, Chris 2022: Krieg in der Ukraine: Wie ist die Flüchtlings-Situation?; in Mediendienst Integration, 03. März 2022; verfügbar unter: <https://mediendienst-integration.de/artikel/krieg-in-der-ukraine-wie-ist-die-fluechtlings-situation.html> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Bartkiewicz, Artur 2022: Sondaż: Polacy za mechanizmem relokacji uchodźców z Ukrainy; in Rzeczpospolita, 12. März 2022; verfügbar unter: <https://www.rp.pl/spoleczenstwo/art35851861-sondaz-polacy-za-mechanizmem-relokacji-uchodzcow-z-ukrainy> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Chrzczonowicz, Magdalena 2022: Uchodźcy z Ukrainy mają być traktowani tak samo, niezależnie od koloru skóry. Miły wynik sondażu; in OKO.press, 22. März 2022; verfügbar unter: <https://oko.press/uchodzcy-z-ukrainy-powinni-byc-traktowani-tak-samo/> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Cieślak-Wróblewska, Anna 2022: Opieka nad uchodźcami będzie dużym wyzwaniem dla polskiego budżetu; in Rzeczpospolita, 15. März 2022; verfügbar unter: <https://www.rp.pl/budzet-i-podatki/art35866601-opieka-nad-uchodzcami-bedzie-duzym-wyzwaniem-dla-polskiego-budzetu> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Cunningham, Eric 2022: Poland's Two Largest Cities Warn They Can no Longer Absorb Ukrainian Refugees; in Washington Post, 11. März 2022; verfügbar unter: <https://www.washingtonpost.com/world/2022/03/11/ukraine-refugees-poland-warsaw-krakow/> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Czuchnowski, Wojciech 2022: MSWiA zapewnia: Każdy uchodźca z Ukrainy znajdzie pomoc; in Gazeta Wyborcza, 24. Februar 2022; verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,28149798,mswia-zapewnia-kazdy-uchodzca-z-ukrainy-znajdzie-pomoc.html> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Danielewski, Michał 2022: Polacy bez nienawiści do Rosjan przebywających w Polsce. Entuzjazm wobec Ukraińców [SONDAŻ]; in OKO.press, 18. März 2022; verfügbar unter: <https://oko.press/polacy-bez-nienawisci-do-rosjan-entuzjazm-wobec-ukraincow-sondaz/> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Dąbrowska, Zuzanna 2022: Sondaż: Większość Polaków gotowych na przyjęcie wszystkich uciekinierów z Ukrainy; in Rzeczpospolita, 28. Februar 2022; verfügbar unter: <https://www.rp.pl/spoleczenstwo/art35776491-sondaz-wiekszosc-polakow-gotowych-na-przyjecie-wszystkich-uciekinirow-z-ukrainy> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Dziennik Gazeta Prawna 2022: Konfederacja: Agresję Rosji na Ukrainę potępiamy. Widzimy, że „musimy liczyć przede wszystkim na siebie”; 24. Februar 2022; verfügbar unter: <https://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/kraj/artykuly/8365584,konfederacja-agresje-rosji-na-ukraine-potepiamy-widzimy-ze-musimy-liczyc-przede-wszystkim-na-siebie.html> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Finchelstein, Gilles / Clavaud, Amandine / Peltier, Jérémie 2022: European Peoples Behind Ukraine. The Ukrainian War Seen from France, Germany, Italy and Poland; verfügbar unter: https://yes-ukraine.org/2022/European_peoples_behind_Ukraine-EN.pdf (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Gazeta Wyborcza 2022: Wojna na Ukrainie. Powiat radomski przygotowuje się na przyjęcie uchodźców; 24. März 2022; verfügbar unter: <https://radom.wyborcza.pl/radom/7,48201,28148656,atak-rosji-na-ukraine-powiat-radomski-przygotowuje-sie-na-przyjecie.html> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Gierczak-Cywińska, Agnieszka 2022: Pomogli uchodźcom, wypalili się. Jak pozbierać samego siebie?; in Polityka, 3. April 2022; verfügbar unter: <https://www.politico.eu/article/poland-dunkirk-moment-refugee-ukraine-war> (letzter Zugriff: 03.04.2022)

Helsinki Foundation for Human Rights 2022: Human Rights Violations at International Borders: Trends, Prevention and Accountability: Poland. Special Report for the UN Special Rapporteur on the Human Rights of Migrants at the Office of the High Commissioner for Human Rights; 28. Februar 2022; verfügbar unter: https://www.hfhr.pl/wp-content/uploads/2022/04/OHCHR2021_final.pdf (letzter Zugriff: 07.04.2022)

Innenministerium (Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji) 2022: Informacja na temat osób uciekających przed wojną w Ukrainie; verfügbar unter: <https://www.gov.pl/web/mswia/informacja-na-temat-osob-uciekajacych-przed-wojna-w-ukrainie> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Istel Michał 2022. Ilu uchodźców z Ukrainy wjeżdżało dziennie do Polski? Dane od początku wojny <https://konkret24.tvn24.pl/polska,108/ilu-uchodzcow-z-ukrainy-wjezdzało-dziennie-do-polski-dane-od-poczatku-wojny,1100170.html>

Jadczak, Szymon 2022: Wydarzenia w Przemysłu. Według wzorców rosyjskiej dezinformacji; in Wiadomosci, 02. März 2022; verfügbar unter: <https://wiadomosci.wp.pl/wydarzenia-w-przemyslu-wedlug-wzorcow-rosyjskiej-dezinformacji-6742903661767648a?s=04> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Jaroszewicz, Marta / Krepa, Mateusz / Nowosielski, Michał / Pachocka, Marta / Wach, Dominik 2022: Russian Aggression on Ukraine and Forced Migrations: the Role of Poland in the First Days of the Crisis; in Centre of Migration Research Spotlight, Special Issue No. 3 (37), March 2022; verfügbar unter: <https://www.migracje.uw.edu.pl/wp-content/uploads/2022/03/Spotlight-Wydanie-Specjalne-2022-ENG.pdf> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Jedlecki, Przemysław 2022: Katowice organizują pomoc dla Ukraińców. Będą autobusy z lotniska do granicy z Ukrainą; in Wyborcza.pl, 24. Februar 2022; verfügbar unter: <https://katowice.wyborcza.pl/katowice/7,35063,28149613,katowice-organizuja-pomoc-ukraincom-beda-autobusy-z-lotniska.html> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Kancelaria Prezesa Rady Ministrów 2022: Projekt ustawy o pomocy obywatelom Ukrainy w związku z konfliktem zbrojnym na terytorium tego państwa; verfügbar unter: <https://www.gov.pl/web/premier/projekt-ustawy-o-pomocy-obywatelom-ukrainy-w-zwiazku-z-konfliktem-zbrojnym-na-terytorium-tego-panstwa2> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Kondzińska, Agata / Wroński, Paweł 2022: Sejm jednogłośnie wyraził jedność z Ukrainą. Na tym współpraca polityków się skończyła; in Gazeta Wyborcza, 24. Februar 2022; verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,28149645,premier-w-sejmie-o-sytuacji-na-ukrainie.html> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Koschalka, Ben 2022: Polish Authorities Prepare for Potential Influx of Ukrainian Refugees; in Notes from Poland, 14. Februar 2022; verfügbar unter: <https://notesfrompoland.com/2022/02/14/polish-authorities-prepare-for-potential-influx-of-ukrainian-refugees/> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Kość, Wojciech 2022: Poland Prepares for Flood of Ukrainian Refugees; in Politico, 24. Februar 2022; verfügbar unter: https://www.politico.eu/article/poland-prepares-refugees-ukraine-war-russia/?utm_medium=social&utm_source=Facebook (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Kowalczyk, Magdalena 2022: Sondaż: Polacy popierają przyjęcie ukraińskich uchodźców; in Rzeczpospolita, 25. Februar 2022; verfügbar unter: <https://www.rp.pl/spoleczenstwo/art35763761-sondaz-polacy-popieraja-przyjecie-ukrainskich-uchodzcow> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Kozłowska, Marta 2018: MIDEM Jahresbericht 2018, Mercator Forum für Migration und Demokratie, hrsg. von Hans Vorländer, Dresden.

Krzyżak, Tomasz 2021: Sondaż: Większość Polaków za przyjmowaniem uchodźców; in Rzeczpospolita, 22. Februar 2021; verfügbar unter: <https://www.rp.pl/kraj/art264831-sondaz-wiekszosc-polakow-za-przyjmowaniem-uchodzcow> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Mierzyńska, Anna 2022: Niesamowity zryw Polaków! Tysiące ludzi pomagają uchodźcom. Ukraińcy: Nigdy tego nie zapomnimy; in OKO.press, 28. Februar 2022; verfügbar unter: <https://oko.press/niesamowity-zryw-polakow-tysiace-ludzi-pomaga-uchodzcom-ukraincy-nigdy-tego-nie-zapomnimy/> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Mikulska, Anna 2022: „Musimy sobie poradzić”. Jak szkoły w małych miejscowościach przyjmują uczniów z Ukrainy; in OKO.press, 16. März 2022; verfügbar unter: <https://oko.press/szkoly-w-malych-miejscowosciach-przyjmujuczniow-z-ukrainy/> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Miziołek, Joanna 2022: Konfederacja podsyca antyuchodźcze nastroje. „To ich najbardziej powinien obawiać się PiS”; in Wprost, 17. März 2022; verfügbar unter: <https://www.wprost.pl/kraj/10658386/konfederacja-podsyca-antyuchodzcze-nastroje-ich-powinien-obawiac-sie-pis.html> (letzter Zugriff: 27.03.2022).

Onet.pl 2022: Są szczegóły specustawy o pomocy obywatelom Ukrainy. Będą dodatki finansowe dla tych, którzy przyjmą uchodźców; in Onet.pl, 07. März 2022; verfügbar unter: <https://wiadomosci.onet.pl/kraj/wojna-rosja-ukraina-specustawa-o-pomocy-obywatelom-ukrainy-przyjeta-przez-rzad/5b2wjee> (letzter Zugriff: 28.03.2022).

Pacewicz, Piotr 2021: 52 proc. za wypychaniem uchodźców. Mężczyźni na zimno, kobiety ze współczuciem; in OKO.Press, 30. September 2021; verfügbar unter: <https://oko.press/52-proc-za-wypychaniem-uchodzcow-mezczyzni-na-zimno-kobiety-ze-wspolczuciem/> (letzter Zugriff: 28.03.2022).

Pacewicz, Piotr 2022: Aż 91 proc. zaskoczonych, że tak pomagamy uchodźcom. Kobiety robią więcej, a konfederaci...; in OKO.Press, 12. März 2022; verfügbar unter: <https://oko.press/az-91-proc-zaskoczonych-ze-tak-pomagamy-uchodzcom-kobiety-robia-wiecej-a-konfederaci/> (letzter Zugriff: 28.03.2022).

Prezydent.pl 2022: Orędzie Prezydenta RP [PL/EN/UA]; 24. Februar 2022; verfügbar unter: <https://www.prezydent.pl/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta-rp/wystapienia/oredzie-prezydenta-rp,49375> (letzter Zugriff: 28.03.2022).

Rozwadowska, Adriana 2022: Wyzysk Ukrainek. Kolejne zadanie dla zwykłych Polek i Polaków; in Gazeta Wyborcza, 14. März 2022; verfügbar unter: <https://wyborcza.biz/biznes/7,179195,28220670,wyzysk-ukrainek.html> (letzter Zugriff: 28.03.2022).

Segeš Frelak, Justyna / Katsiaficas, Caitlin 2022: Integration of Ukrainian Refugees: The Road Ahead; in International Centre for Migration Policy Development blog, 08. März 2022; verfügbar unter: <https://www.icmpd.org/blog/2022/integration-of-ukrainian-refugees-the-road-ahead> (letzter Zugriff: 28.03.2022).

Sławiński, Aleksander 2022: Wojna na Ukrainie. Jak organizacje pozarządowe przygotowują się do pomocy uchodźcom?; in Gazeta Wyborcza, 24. Februar 2022; verfügbar unter: <https://warszawa.wyborcza.pl/warszawa/7,54420,28148622,wojna-w-ukrainie-jak-organizacje-pozarządowe-przygotowują-sie.html> (letzter Zugriff: 28.03.2022).

Sobolak, Justyna 2022: Wojna na Ukrainie. Hostele, akademiki, placówki Caritas. Gdzie w Polsce lokowani będą uchodźcy?; in Wyborcza.biz, 24. Februar 2022; verfügbar unter: <https://wyborcza.biz/biznes/7,177151,28147807,hostele-akademiki-placowki-caritas-gdzie-lokowani-beda-uchodzcy.html?disableRedirects=true> (letzter Zugriff: 28.03.2022).

Tilles, Daniel 2022: Poland Preparing to Help Up to Million Ukrainian Refugees if Russia Attacks, Says Minister; in Notes from Poland, 31. Januar 2022; verfügbar unter: <https://notesfrompoland.com/2022/01/31/poland-ready-to-help-up-to-million-ukrainian-refugees-if-russia-attacks-says-minister/> (letzter Zugriff: 28.03.2022).

UNHCR 2022: Operational Data Portal, Ukraine Refugee Situation; verfügbar unter: <https://data2.unhcr.org/en/situations/ukraine> (letzter Zugriff: 04.04.2022).

Urząd do Spraw Cudzoziemców 2022: Information On the Stay in Poland of Persons Fleeing from Ukraine; 28. Februar 2022; verfügbar unter: <https://www.gov.pl/web/udsc-en/information-on-the-stay-in-poland-of-persons-fleeing-from-ukraine> (letzter Zugriff: 28.03.2022).

Watoła, Judyta 2022: Ustawa o pomocy uchodźcom jednogłośnie znowelizowana. Obejmie większą grupę osób; in Gazeta Wyborcza, 24. März 2022; verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,28259959,ustawa-o-pomocy-uchodzcom-jednoglosnie-znowelizowana-obejmie.html> (letzter Zugriff: 28.03.2022).

Wądołowska Agnieszka 2022a Poland ready to treat thousands of wounded Ukrainians at its hospitals; in Notes from Poland, 25. Februar 2022; verfügbar unter: <https://notesfrompoland.com/2022/02/25/poland-ready-to-treat-thousands-of-wounded-ukrainians-at-its-hospitals/> (letzter Zugriff: 28.03.2022).

Wądołowska Agnieszka 2022b "We can't take any more refugees": Polish cities call on government to seek EU and UN help; in Notes from Poland, 11. März 2022; verfügbar unter: <https://notesfrompoland.com/2022/03/11/we-cant-take-any-more-refugees-polish-cities-call-on-government-to-seek-eu-and-un-help/> (letzter Zugriff: 28.03.2022).

Zubik, Małgorzata 2022: Warszawiacy oddolnie szykują się na przyjazd Ukraińców po napaści Rosji na Ukrainę; in Gazeta Wyborcza, 24. Februar 2022; verfügbar unter: <https://warszawa.wyborcza.pl/warszawa/7,54420,28148285,warszawiacy-oddolnie-szykują-sie-na-przyjazd-ukraincow-po-napasci.html> (letzter Zugriff: 28.03.2022).

ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

MIDEM untersucht:

- Krisendiskurse zu Migration und Integration.
- Populismus.
- Institutionelle Verarbeitung von Migration.
- Migration in städtischen und regionalen Kontexten.

MIDEM hat zur Aufgabe:

- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern.
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie zu erstellen.
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln.
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden
*Institut für Politikwissenschaft/
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung*
Philosophische Fakultät
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811
midem@mailbox.tu-dresden.de
www.forum-midem.de

Autorin:

Marta Kozłowska

Redaktion:

Dr. Oliviero Angeli
Johanna Haupt

Gestaltung:

Vollblut GmbH & Co. KG

© MIDEM 2022

MIDEM ist ein Forschungszentrum der Technischen Universität Dresden gefördert durch die Stiftung Mercator.